

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Hauptausschuss Kamp-Bornhofen

am: 10. September 2020

im Hotel Jägerhof

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 20.40 Uhr

Az: 004-1307;

Anwesend:

- Siehe beigefügte ANWESENHEITSLISTE -

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

1. Beratung über die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer
2. Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt der Kreisverwaltung
3. Beratung über Vereinbarungen der Jagdgenossenschaft
 - a) Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten
 - b) Regelungen zur Datenschutzgrundverordnung
4. Beratung zur BUGA 2029
5. Beratung zu verkehrsregelnden Maßnahmen
6. Auftragsvergaben nach VOB (Bauleistungen)
7. Anträge
8. Städtebauförderungsmaßnahmen
9. Bauanträge
10. Mitteilungen und Anfragen

Zu der Sitzung wurden die Mitglieder und Beigeordneten gemäß § 34 GemO Rheinland-Pfalz unter Bekanntgabe der vorstehend aufgeführten Tagesordnung mit Schreiben vom 01.09.2020 einberufen.

Ort und Stunde der Beratung wurden in der Wochenzeitung der Verbandsgemeinde Loreley Nr. 36/2020 öffentlich bekannt gegeben.

Der Vorsitzende stellt fest, dass

- a) form- und fristgerecht eingeladen wurde.
- b) von den gesetzlichen Mitgliedern des Hauptausschuss mehr als die Hälfte anwesend sind.
- c) der Hauptausschussbeschlussfähig ist.
- d) Mitglieder evtl. vorliegendes Sonderinteresse dem Vorsitzenden mitteilen mögen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Hauptausschuss einstimmig, den öffentlichen Teil um den neuen TOP 6 „Beratung über die Neuabgrenzung der Forstreviere“ zu erweitern.

Verhandelt:

A) Öffentliche Sitzung

1. Beratung über die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 11/2020.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (7 Ja-Stimmen)

2. Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt der Kreisverwaltung

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 14/2020.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Prüfungsmitteilungen vom 22.07.2020 und die Stellungnahme der VG-Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (7 Ja-Stimmen)

3. Beratung über Vereinbarungen der Jagdgenossenschaft

a) Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten

b) Regelungen zur Datenschutzgrundverordnung

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 15/2020.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, der Vereinbarung zur Übertragung der Verwaltung der Angelegenheiten der Jagdgenossenschaft auf die Ortsgemeinde zuzustimmen und Herrn Claßen von der VG-Verwaltung zum Datenschutzbeauftragten zu benennen. Außerdem empfiehlt der Hauptausschuss dem Gemeinderat, dem Abschluss eines Auftragsdatenvertrages mit der Jagdgenossenschaft zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (7 Ja-Stimmen)

4. Beratung zur BUGA 2029

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage 13/2020.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Ortsbürgermeister zu ermächtigen, dem folgenden Beschluss der Verbandsversammlung zuzustimmen:

1. Die Verbandsversammlung beauftragt den Zweckverband die zur Vorbereitung und Durchführung der Bundesgartenschau 2029 erforderlichen Maßnahmen zu treffen und die dazu erforderlichen Verträge zu schließen, soweit nicht die Zuständigkeit der Zweckverbandsversammlung gegeben ist.

2. Die Verbandsversammlung beauftragt den Zweckverband, den Durchführungsvertrag mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft und der BUGA 2029 GmbH gemäß vorstehender Zusammenfassung abzuschließen. Sie beauftragt die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung der BUGA 2029 GmbH, dem Abschluss dieses Vertrages zuzustimmen.
3. Die Verbandsversammlung beauftragt die Vertreter des Zweckverbandes in der Gesellschafterversammlung der BUGA 2029 GmbH, den der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz sowie dem Regierungspräsidium Darmstadt vorgelegten Änderungen des Gesellschaftsvertrags der BUGA 2029 GmbH (Anlage 4) zuzustimmen.
4. Die Verbandsversammlung beschließt die mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz abgestimmten Änderungen der Verbandsordnung gemäß Anlage 6.
5. Die Verbandsversammlung beschließt, dass der Zweckverband bei den umlagepflichtigen kommunalen Mitgliedern jährlich eine um maximal 412.000,00 Euro erhöhte Verbandsumlage erhebt.
Die Höhe wird jeweils im Haushaltsplan des Zweckverbands festgelegt.
Die Umlage ist bis zum 31.01. des jeweiligen Jahres entsprechend des Anteils der jeweiligen Kommune gemäß dem Umlageschlüssel der Verbandsumlage für das Jahr 2017 an den Zweckverband zu zahlen; im Jahr 2020 ist der Anteil der Kommunen unmittelbar nach Aufforderung durch den Zweckverband zu zahlen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (7 Ja-Stimmen)

5. Beratung zu verkehrsregelnden Maßnahmen

Der Vorsitzende verweist auf seine Mail vom 29.07.2020. Eine rege Diskussion schließt sich an und es besteht Einigkeit darüber, dass dort auf jeden Fall keine Wohnmobile parken sollen, weil der Unterbau der neuen Freibad-Parkplätze dafür nicht geeignet ist. Überhaupt wird das Parken der Wohnmobile innerhalb der Ortslage sehr kritisch gesehen und ein möglicher geeigneter nicht störender Standort ist nicht ersichtlich.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, zur Einschränkung der Parkmöglichkeiten (Verhinderung Wohnmobile etc.) auf dem Freibadparkplatz an den Einfahrten Durchfahrtsgerüste aufzustellen und die erforderlichen Mittel hierfür im nächsten Doppelhaushalt 2021/2022 einzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (7 Ja-Stimmen)

6. Auftragsvergaben nach VOB (Bauleistungen)

a) Sanierung Freibadgebäude

Der Vorsitzende verweist auf seine Mail vom 12.08.2020 bezüglich ergänzender Fenster auf der Gebäudeseite zum Parkplatz einzuplanen. Der Gemeinderat muss grundsätzlich festlegen, ob einer Ausdehnung des Imbissbetriebes ganzjährig zugestimmt wird.

Eine Beschlussempfehlung für den OGR erfolgt nicht, die Sache wird zunächst in den Fraktionen beraten.

b) Neubau Himmelstreppe

Der Vorsitzende verweist auf seine Mail vom 06.09.2020 und bittet um Beratung, ob alternativ zur Himmelstreppe der Bau einer Dschungelbrücke erneut geprüft werden soll.

Eine Beschlussempfehlung für den OGR erfolgt nicht, die Sache wird zunächst in den Fraktionen beraten.

c) Holzfloß auf der Zeil

Der Vorsitzende vereist auf seine Mail vom 06.09.2020.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, den Neubau des Holzfloßes wie vorgestellt im Frühjahr 2021 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

d) Wirtschaftlichkeit der Post-Service-Stelle im Rathaus

Der Vorsitzende verweist auf seine Mails vom 12.07. und 07.08.2020.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Post-Service-Stelle im Rathaus im bisherigen Umfang weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

e) Neugestaltung des Schulhofes

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Neugestaltung des Schulhofes bei der VG-Verwaltung vorbereitet wird. Die Finanzierung der rund 130.000 € erfolgt aus Restmitteln des Konjunkturpaketes (Förderquote 90 %).

f) Unterhaltungspflichten im Bereich Leinpfad und Böschungsmauer

Der Vorsitzende informiert über eine Anfrage des WSA zur Beseitigung von Bäumen am Ende des Leinpfades und seine Antwort hierauf. Eine berechtigte kritische Nachfrage des Ratskollegen Heimes habe er mündlich beantwortet mit dem Hinweis, dass die Unterhaltungspflicht des WSA für den Zustand der Böschungsmauer und daraus resultierend der Risiken für den Unterbau des Leinpfades damit nicht in Frage gestellt werde. Im Gegenteil, die Argumentation des WSA ist nach wie vor nicht nachvollziehbar.

Zur Frage der unterlassenen Unterhaltungspflicht des WSA im Bereich der Böschungsmauer und die dadurch verbundenen Risiken im Unterbau des Leinpfades (Unterhaltungspflicht der Gemeinde gemäß Vereinbarung mit dem WSA) schlägt AM Möschen vor, dass dies von den Juristen des GStB überprüft werden soll.

g) Betreuung der Geschwindigkeitsmessenanlage

Aufgrund von Beschwerden aus der Bevölkerung weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Geschwindigkeitsmessenanlage wie vom Gemeinderat gebilligt von der Rentnerband

und nicht von der WfKB-Fraktion betreut wird. Die Messergebnisse, die freundlicherweise Ratskollege Heimes auswertet, sind über den Ortsbürgermeister dem kompletten Gemeinderat zur Verfügung zu stellen. Presseberichte über die Ergebnisse selbst kann jede Fraktion nach Belieben schreiben, der Einsatz der Anlage bleibt aber Sache der Gemeinde bzw. der hierzu beauftragten Rentnerband.

h) Hochwassernotweg Ellig

Der Vorsitzende informiert über ein Treffen mit den Ortsbürgermeistern der betroffenen Gemeinden bei der VG-Verwaltung auf Initiative von Bürgermeister Weiland. Es muss zunächst abgewartet werden, ob die OG Filsen einer Erweiterung der Vereinbarung aus dem Jahr 1985 zustimmt, bevor die Sache in den VG-Gremien beraten wird.

i) Schallschutzwände

Die vorgelegten Unterlagen müssen noch vom Vorsitzenden und AM Pusch geprüft werden. Es muss geklärt werden, ob und wo welche Schallschutzmaßnahmen geplant sind.

j) Clustereinteilung

Die per Mail vorgelegten Informationen deuten auf eine große Anlage mit einem großen Flächenbedarf hierfür hin. Der Standort Schulhof wird übereinstimmend kritisch bewertet. Der Vorsitzende wird die offenen Fragen mit der VG-Verwaltung klären.

k) Vogelschutzgebiet

Die erst am Sitzungstag per Mail vorgelegten umfangreichen Unterlagen konnten noch nicht aufmerksam durchgelesen werden. Der Vorsitzenden weist insbesondere auf die Ausführungen auf Seite 10 der Mail-Anlage hin.

7. Anträge

Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit -Antrag der SPD-Fraktion-

Der Vorsitzende verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, eine Änderung der Friedhofsatzung durch die VG-Verwaltung prüfen und eine entsprechende Beschlussvorlage erstellen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (7 Ja-Stimmen)

8. Städtebauförderungsmaßnahmen

- keine -

9. Bauanträge

Bauvoranfrage Errichtung Gartenhaus Anwesen Rheinuferstraße 74

Beigeordnete Lene Lewentz und Ausschussmitglied Max Lewentz sind von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

Der Vorsitzende informiert über eine Bauvoranfrage zur Errichtung eines Gartenhauses hinter dem Anwesen Rheinuferstraße 74.

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, der Bauvoranfrage für die Errichtung eines Gartenhauses hinter dem Anwesen Rheinuferstraße 74 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig (6 Ja-Stimmen)

Beigeordnete Lene Lewentz und Ausschussmitglied Max Lewentz nehmen an der Sitzung wieder teil.

10. Mitteilungen und Anfragen

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

Frank Kalkofen
Vorsitzender und Protokollführer
(Dat.:11.09.2020)